I 006 Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Lfd.-Nr. 1224

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlasten - Kalte Progression sofort abbauen und die Einkommenssteuer gerechter gestalten

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:
Annahme als Material zu Antrag E 001

Die Mitgliedsgewerkschaften des DGB konnten in diesem Jahr, wie auch in den letzten Jahren deutlich bessere und steigende Tarifentgelte für die Beschäftigten durchsetzen. Nur ein Teil kommt bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an. Ein nicht unbeträchtlicher Teil wird durch die "kalte Progression" "aufgefressen".

Die in den letzten Wochen einsetzende politische Diskussion um den Abbau der kalten Progression ist zu begrüßen. Diese Diskussion muss fortgesetzt werden und muss zügig zu Entlastungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer führen.

Die Delegierten des Bundeskongresses fordern die Bundesregierung auf, noch in diesem Jahr gesetzgeberische Schritte einzuleiten, um die kalte Progression abzubauen.

Unser Steuersystem ist ungerecht. Die Beschäftigten tragen die Hauptsteuerlast. Währen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Progression des Einkommenssteuertraifs immer mehr zu den Steuereinnahmen beitragen, werden Vermögende, Spitzenverdiener und Begünstigte großer Erbschaften nicht weiter oder gar nicht belastet. Das muss sich ändern.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaten halten an einem progressiv ausgerichteten Tarif der Einkommenssteuer fest. Allerdings führt der aktuelle Tarifverlauf im unteren und mittleren Einkommensbereich zu einem nicht zu rechtfertigen Anstieg der Steuern für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In der Verbindung mit der Inflation landen die Einkommenszuwächse nur teilweise bei den Beschäftigten. Für sie bleibt von einer Gehaltserhöhung nichts oder weniger übrig als erhofft. Denn wenn die Einkommen steigen, erhöht sich

auch die Einkommensteuer und zwar stärker als das Einkommen selbst. Haben wir beispielsweise eine Inflationsrate von 2 % und eine Lohnerhöhung von ebenfalls 2 %, dann muss ein Arbeitnehmer/eine Arbeitnehmerin (Single) mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 32.000 EUR mehr Steuern in Höhe von 94 EUR zahlen, obwohl er real gar nichts mehr in der Tasche hat. Sein Realeinkommen und seine Kaufkraft sinken sorgar, trotz der zweiprozentigen Lohnerhöhung.

Die Steuerbelastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigt drastisch - und das schon seit 2010. Dem Staat fallen allein durch die "kalte" Progression erhebliche steuerlichen Mehreinnahmen zu. Das Deutsche Institut für Wirschaftsforschung (DIW) hat für 2013 rund 5,5 Mrd. EUR zusätzliche Einnahmen ausgerechnet. Bezieher mit hohem Einkommen und Vermögende, die unter den Spitzensteuersatz fallen, trifft der Effekt der "kalten Progression" nicht. Das ist ungerecht!

Die Delegierten des 20. Ordentlichen Bundeskongresses fordern einen Abbau der "kalten Progression" durch einen regelmäßigen Inflationsausgleich im Einkommenssteuerrecht ("Tarif auf Rädern"). Seit 2010 hat es außer der Anpassung des Grundfreibetrages keine Korrektur des Tarifs gegeben. Eine periodische und "automatische" Tarifkorrektur ist finanzierbar, ohne dass die Handlungsfähigkeit des Staates beeinträchtigt wird. Die Kosten für eine Korrektur belaufen sich aktuell 3 - 4 Milliarden Euro und können durch die zu erwartenden Steuermehreinnahmen finanziert werden. Die neue Steuerschätzung vom Mai 2014 hat erneut steigende Steuereinnahmen prognostiziert. Von der Lohnsteuer werden dabei die größten Zuwächse erwartet.

Die Delegierten des 20. Ordentlichen Bundeskongresses sind sich bewusst, dass weitergehende steuerliche Entlastungen für Arbeitnehmer solide gegen zu finanzieren sind. Die Handlungsfähigkeit des Staates, insbesondere die notwendigen Investitionen in Bildung und Infrastruktur vorzunehmen dürfen nicht gefährdet werden. Eine umfassende und gerechte Steuerreform muss eine deutliche Verbreiterung der steuerlichen Einnahmen setzen. Deshalb müssen die hohen Einkommen

und Vermögenden stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sollen daher sich noch intensiver einsetzen:

- *Für eine Anhebung des Spitzensteuersatz und der Reichensteuer*
- *Die Kapitalerträge wieder mit dem individuellen Einkommenssteuertarif zu besteuern*
- *Die Erbschaftssteuer zu novellieren, um Erbschaften endlich angemessen zu besteuern*
- *Die Vermögenssteuer wiederzubeleben*
- *Den Kampf gegen Steuerbetrug und Steueroasen zu intensivieren*